

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und Abbestellungen ist die Ausgabezeitung zu berücksichtigen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Büchelstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Erscheinung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 21. Mai 1929

Nummer 115

Kommunistische Aufmärsche im ganzen Reich

Machtvolle Kundgebungen im Rhein-Ruhr-Gebiet und an der Wasserfront

Berlin, 21. Mai.
Trotz der fast im ganzen Reich erfolgten Demonstrierungsverbote fanden in allen Gegenden Deutschlands Kundgebungen und Aufmärsche in den Pfingsttagen statt. Besonders bedeutungsvoll waren die Demonstrationen in der Wasserfront und im Rhein- und Ruhrgebiet. Die Polizeiaktion in Hamburg hatte zwar zur Folge, daß ein großer Teil der Arbeiterlokale unter dem Druck fortwährender Polizeiatacken stand, da durch das erfolgte 4-Tage-Verbot auch alle kleinen Versammlungen in geschlossenen Räumen als „geschwellig“ angesehen werden konnten. Dennoch mihlang überall der Versuch des Staatsapparates, jede Kundgebung zu unterdrücken. Die Kundgebungen, die unter Polizeiterror und trotz des Verbots durchgeführt wurden, gingen von wirklich revolutionärem Kampfeifer und waren ein Beweis dafür, daß die Aktion der vereinigten Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Handlanger zur Unterdrückung der kommunistischen Werbekundgebungen mihlungen ist.

Trotz Polizeiterror in Hamburg

Hamburg, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)
Hamburg blieb am 2. Pfingstfeiertag einem ungeheuren Festtag. Der sozialdemokratische Polizeisenator Schönfelder hatte die ganze Bürgerkriegstruppe zur Unterdrückung der von der KPD geplanten Demonstration einberufen. Trotz ungeheurer Terror setzten sich die Massen durch, und es kam an verschiedenen Stellen zu Kundgebungen. Im Hamburger Stadtpark gelang es, eine größere Kundgebung durchzuführen, wo Genosse Thälmann eine Ansprache hielt. Die Provokationen der Polizei im Stadtpark überleiteten an der disziplinierten und entschlossenen Haltung der Demonstranten. Die Polizei nahm in Hamburg viele Verhaftungen vor. Sie drang in einen großen Teil der Arbeitervereinslokale in unerhörter Weise ein, terrorisierte die Anwesenden und trieb sie mit Gummihölzern aus den Lokalen heraus. Im Lokal „Zum Letzten Schluck“ wurden alle Gäste verhaftet, darunter die Bürgerkriegsangehörigen Westermann und Walter. Am Röh Vorwände für das Vorgehen zu verschaffen, hatte die Polizei des Sozialdemokraten Schönfelder systematisch Kugelschüssen in diese Lokale geschickt. Diese Kugelschüsse wurden jedoch sehr bald von den Arbeitern an die frische Luft gekehrt.

35 000 in Essen

Essen, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)
Trotz kurzfristiger Vorbereitungen gestaltete sich das westfälische Räte Treffen in Essen zu einem wichtigen und gewaltigen Aufmarsch, wie ihn Essen seit den Tagen von 1923 nur selten erlebte. Auf dem Republikplatz lauften 35 000 Menschen den Ausführungen der 8 kommunistischen Redner. Kopf an Kopf gedrängt standen die Massen bis weit in die Seitenstraßen hinein. Etwa 20 000 Demonstranten folgten dem unter einem Meer von roten Fahnen und Transparenten dem Aue durch die Stadt, überlaufende von Pfingsttaglichen bildeten besonders in den Arbeitervierteln Straßen. Segeroph war mit unzähligen roten Fahnen und Transparenten geschmückt. Die Demonstration durch dieses Arbeiterviertel gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug. Einen hervorragenden Anteil an der Demonstration nahmen die proletarische Jugend und die Frauen.

Nur der eiserne Disziplin der Arbeitermassen ist es zu danken, daß trotz wiederholten Provokierens der Polizeioffiziere und der vorangegangenen sozialdemokratischen Wankbeuge keinerlei blutige Zusammenstöße erfolgten. Sozialdemokratische und Reichsbannerträger, ferner faschistische Provokateure halfen den Polizeioffizieren bei ihrer Arbeit. Diese scheiterte jedoch an dem stählernen Willen der Demonstranten, die mit geradezu bewundernswürdiger Energie und Disziplin jede Provokation zurückgewiesen. Die Polizei nahm auf Befehl der Polizeioffiziere bereits vor dem Aufmarsch am Bahnhof, in den Sammelplätzen und verschiedentlich auch während der Demonstration eine große Anzahl Verhaftungen vor. In Oberhausen, Duisburg und Hamborn durchsuchte die Polizei vor der Abfahrt die Teilnehmer und nahm eine ganze Reihe Verhaftungen vor. In Hamborn allein wurden 15 Personen auf Befehl des SPD-Polizeipräsidenten Meyer verhaftet. Der Aufmarsch des Rhein-Ruhr-Bereichs unserer Partei war ein Erfolg für die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung.

Polizeiaktionen prallen in Stuttgart ab

Stuttgart, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)
Trotz des Verbots des süddeutschen Treffens waren viele Arbeiter in Stuttgart versammelt. Die Polizei versuchte, die Abfahrt zu verhindern. In München wurde ein Teil von 70 Arbeitern festgenommen, die sich am Roten Pfingsten in Stuttgart beteiligen wollten. In Stuttgart fanden sich am Sonntag bis in die Mittagsstunden gleichzeitig mehrere Demonstrationen von je 100 bis 300 Arbeitern, die von der Polizei auseinandergetrieben wurden.

Es bildete sich ein Demonstrationzug, der sich nach einem Waldheim begab. Dort sprachen kommunistische Landtags- und Reichstagsabgeordnete zu den Massen. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, die gegen das Verbot des RNV und den Polizeiterror Stellung nimmt und dem Berliner und Hamburger Proletariat seine Solidarität ausdrückt. Abends zog dann ein Demonstrationzug mit etwa 1000 Teilnehmern zur Stadt zurück. Kurz vor der Auflösung nach einer nochmaligen Ansprache rückte die Polizei schwerbewaffnet an, doch konnte sie keine Beschäftigung mehr finden, da die Kundgebung bereits abgeschlossen war. Am Sonntag und Montag wurden in Stuttgart zahlreiche Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Funktionären vorgenommen und eine Anzahl führender Parteigenossen verhaftet.

Protestkundgebung gegen Verbot in Bremen

Bremen, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)
Der Senat hatte den Arbeitertag in Bremen verboten. Trotzdem fand am Sonntag eine große Protestkundgebung statt. Als einzelne Abteilungen in die Bezirke abrückten, attackierte die Polizei wiederholt diezüge und nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

Wirkungsvolle Kundgebung in Gottscheuba

Der ostfälische kommunistische Jugendverband hatte für den 1. Pfingstfeiertag zu einem Treffen der revolutionären Arbeiterchaft in Gottscheuba aufgerufen. Trotz außerordentlich schlechtem Wetter hatten sich über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen, die unter rotem Banner gerade in dieser schwarzen Gegen besonders wirkungsvolle revolutionäre Propaganda und Agitation durchführten. Die Dresdner Polizei war wiederum mit einem ungeheuren Aufgebot vertreten, erhielt jedoch durch die hervorragende Disziplin der Demonstranten nicht die geringste Gelegenheit, den Aufmarsch und die Kundgebung zu stören. Genosse Kurt Endermann betonte auch in seiner Ansprache, daß das Gros der Polizeibeamten in falscher Front stehe, wenn die unteren Beamten sich in eine Pogromstimmung gegen die revolutionäre Arbeiterchaft hehen ließen. Da die Leitung der Polizei die Beamten so aufgestellt hatte, daß sie direkt den Hintergrund der Massen bildeten, konnte jeder einzelne der Beamten die Worte des Redners vernehmen, was schließlich nicht ohne Eindruck blieb und besonders von den Offizieren durch wütendes Gebaren quittiert wurde. Die Bevölkerung des Gottscheuba-Berggebietes nahm die revolutionären Darbietungen der Jugend-Altpropaganda äußerst beifällig auf. Glänzender Literaturumzug und bereitwillig zur Verfügung gestellte Quartiere zeugten davon, daß die rote Saat auf guten Boden gefallen war.

Landtagseröffnung am 6. Juni

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit:
Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der besonders für den Staatshaushaltplan 1929 vom neugewählten Landtag zu erledigenden Arbeiten hat das Gesamtministerium die Einberufung des Landtags schon für den 6. Juni 13 Uhr beschlossen.

Opfer von Dorpmüllers Sparpolitik

Auto vom Zug erfasst — 1 Toter, 2 Schwerverletzte
Eibau. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich am 2. Pfingstfeiertag 19 Uhr an dem Bahnübergang Neubau-Eibauer Straße. An dieser Stelle, die vollständig unübersichtlich und ohne Bahnschranken ist, wurde ein Auto, von Oberhennersdorf kommend, vom Zug erfasst und vollständig zertrümmert. Eine Frau wurde sofort getötet, zwei weitere Insassen schwer verletzt. Der Besitzer kam mit dem Schrecken davon. Schuld an dem Unglück trägt die Reichsbahn, die durch unerwartet frühe Sperrung der Eisenbahn von Leipzig auf Eibau am 2. Pfingstfeiertag die Gefahr von Unfällen auf sich geladen hat.

Ein Jahr Koalitionsregierung

Vom Wählerfang bis zum Jörgiebel-Blutbad
Ein Jahr nach dem 20. Mai 1928, dem Tag der Reichstagswahlen, verlohnt es sich, auf dieses Jahr Koalitionsregierung kurz zurückzublicken.

Die erste Tat der einige Wochen nach dem 20. Mai formell gebildeten Koalitionsregierung war die Zustimmung zu einer Kohlenpreiserhöhung. Am 28. Juni beschloß der Reichstagsrat mit den Stimmen der ADGB-Berliner, den Preis für ober-schlesische Steinkohle um eine Mark pro Tonne zu erhöhen und der Reichswirtschaftsminister Curtius gab die erforderliche Zustimmung zur Durchführung dieser Preissteigerung. Das war ein „vielversprechender“ Anfang. Im Laufe des Jahres wurden von der Regierung weitere Kohlenpreiserhöhungen genehmigt. Die Regierung machte auch nicht die vom Bürgerblock vorgenommene Einschränkung der Gefrierfleisch-Einfuhr rückgängig, im Gegenteil, sie verbot auch noch die Einfuhr von Corned-Beef. Im letzten Jahr sind die Lebenshaltungskosten fast liegen und diese Verteuerungspolitik soll fortgesetzt werden durch die geplante Erhöhung der Lebensmittelzölle.

Die zweite Tat der Koalitionsregierung war die Komödie einer angeblichen Lohnsteuererleichterung. Heute gibt die SPD-Presse zu, daß die im Juli 1928 vorgenommene „Lohnsteuererleichterung“ den Arbeitern keine Erleichterung gebracht hat. Die SPD hatte während der Regierung des Bürgerblocks einen bescheidenen Antrag auf Senkung der Lohnsteuer gestellt, den nach Bildung der Koalitionsregierung die KPD als Eventualantrag aufnahm. In der Reichstagsitzung vom 12. Juli stimmte die SPD gegen diesen ihren eigenen Antrag. In Verbindung mit dem neuen Etat wollen nun die Regierungsparteien beschließen, daß nicht nur wie vor der Bürgerblock-Regierung jährlich 1300 Millionen Lohnsteuer erhoben werden sollen, sondern jede Begrenzung der Lohnsteuererhebung aufgehoben werden soll.

Noch im Sommer 1928 leitete der Reichsarbeitsminister Wissell seine Schlichtungspolitik damit ein, daß er für die schlesische Textilindustrie Schiedsprüche für verbindlich erklärte, die eine wöchentliche Arbeitszeit bis zu 60 Stunden zulassen.

Am 10. August 1928 beschloß das Reichskabinett einstimmig den Bau des Panzerkreuzers A.

Nach diesem offen imperialistischen Beschluß der Müller-Regierung wuchs der Widerstand der werktätigen Bevölkerung gegen die Kriegs- und Hungerpolitik immer härter an, worauf die Reichsregierung mit offenen faschistischen Methoden zur Unterdrückung dieses Widerstandes antwortete. Diese Unterdrückungspolitik ist durch folgende Daten gekennzeichnet:

5. September 1928: Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Jörgiebel verbietet eine Propagandafahrt der Roten Jungfront gegen den Panzerkreuzerbau.

24. Oktober 1928: Der sozialdemokratische Polizeisenator von Hamburg verbietet während des Hafenarbeiterstreiks die Hamburger Volkszeitung, legt Schupo gegen die Streikposten ein.

30. November 1928: Jörgiebel verbietet das Trauergeleit bei der Beerdigung des von Faschisten ermordeten Genossen Krellsch.

3. Dezember 1928: Stahlhelmzug mit frechen Provokationen im proletarischen Wedding, Jörgiebel läßt Massendurchmärsche von Arbeitern vornehmen.

12. Dezember 1928: Jörgiebel verbietet das Trauergeleit für den von Faschisten ermordeten Genossen Schulz.

13. Dezember 1928: Jörgiebel erläßt ein unbefristetes Verbot für alle Umzüge und Demonstrationen unter freiem Himmel.

19. Dezember 1928: Geschlossene Demonstration des Stahlhelms durch das Berliner Regierungsviertel mit Erlaubnis der Polizei.

Diese Linie führt über die polizeilich erlaubte große Stahlhelmdemonstration im Lustgarten anlässlich der Ueberführung Hänelfelds zum Verbot der Demonstrationen am 1. Mai, zum blutigen Polizeimassaker in den Matigen, zum Verbot des RNV, zahlreicher kommunistischer Zeitungen bis zum Hamburger Verbot proletarischer Versammlungen in geschlossenen Räumen.

Die politische Unterdrückung der klassenbewußten Arbeiterchaft ist begleitet von einer rückwärtsgehenden Schlichtungs- und Arbeitslosenpolitik. Die Schlichter fällten viel schlechtere Schiedsprüche als unter der Bürgerblock-Regierung. Während der großen Ausrüstung der Hüttenarbeiter drohte die Regierung, die anfänglich unter dem Druck der Massen zugestandene kommunale Unterstützung zu unterlagen, um so den Hüttenarbeitern die Schiedsrichterrolle Seberings aufzuzwingen. Sebering fällte den bekanntesten Hungerpruch der schlechter ist als der vorher gefällte Schiedspruch des Schlichters Toetten.

Wissell erklärte nach 14wöchigem Streik der Werftarbeiter einen schändlichen Schiedspruch verbindlich, obwohl die Werftarbeiter selbst selbst nach reformistischem Zeugnis in kurzer Zeit aufhört zu streiken.